

a.o. Session 2020

Mo. Fraktion V. Covid-19: Das Notrecht ist dringend aufzuheben und auf weitere planwirtschaftliche, zentralistische Eingriffe ist zu verzichten. Die verfassungsmässige Ordnung muss umgehend wiederhergestellt werden.

Sprecher

Albert Rösti

Text

Der Bundesrat wird beauftragt:

- die ausserordentliche resp. besondere Lage gemäss Epidemiengesetz (EpG) unverzüglich für beendet zu erklären und die verfassungsmässige Ordnung wiederherzustellen;
- auf weitere Massnahmen gestützt auf Art. 7 EpG zu verzichten;
- zur Bewältigung der aktuellen Krise in jedem Fall keine dringlichen Kredite gestützt auf Art. 28 und 34 Finanzhaushaltsgesetz mehr zu beantragen;
- zur Bewältigung der aktuellen Krise in jedem Fall auf den Erlass von Verordnungen gestützt auf Art 185 Abs.3 Bundesverfassung zu verzichten;
- beim Schutz der Gesundheit die Eigenverantwortung der Bürger in den Vordergrund zu stellen und restriktive Massnahmen nur dort zu erlassen bzw. aufrechtzuerhalten, wo die notwendigen Hygiene-, Verhaltens- und Distanzmassnahmen trotz Schutzkonzepten nicht eingehalten werden können;
- im Hinblick auf eine befürchtete zweite Welle die Krisenvorsorge zu einer dringenden Priorität zu erklären und alle erforderlichen Vorkehrungen zu treffen;
- die strikte Kontrolle der Landesgrenze beizubehalten und dafür zu sorgen, dass nur ausländische Personen einreisen, die nicht mit Covid-19 infiziert sind;
- mittels eines strikten Inländervorrangs dafür zu sorgen, dass Unternehmen bei der Einstellung neuer Mitarbeiter zuerst arbeitslose Schweizer berücksichtigen müssen.

Begründung

Mittlerweile ist im Grundsatz unbestritten, dass der Schutz der Bevölkerung ohne massive Staatseingriffe und unter Wiederherstellung der verfassungsmässigen Ordnung gewährleistet werden kann.

Doch die zögerliche Umsetzung des Bundesrates unter Federführung des BAG ist unbegreiflich und verantwortungslos. Sie kostet die Schweizer Volkswirtschaft wöchentlich 6 Milliarden Franken.

Heute steht fest, dass die Gefährlichkeit der Pandemie anfänglich überschätzt wurde. Weder die Zahl der prognostizierten Infektionen, noch die Zahl der schweren Fälle, noch der Bedarf an Intensivstationsplätzen, noch die prognostizierten Todesfälle sind glücklicherweise eingetreten. Ein Kollaps des Gesundheitswesens ist nicht zu befürchten. Die Todesfälle konzentrieren sich zu 97% auf über 65-Jährige mit bestimmten Vorerkrankungen. Bei jüngeren Personen ist die Todesfallquote praktisch null.